



Gestörte Verhandlungstaktik

Bundesrat gibt offiziell noch kein neues Klimaziel bekannt

hof. · Die Meldung von Radio SRF ist bisher weder dementiert noch bestätigt worden: Der Bundesrat habe am Mittwoch ein neues Klimaziel für die Schweiz beschlossen, hiess es. Bis 2030 soll die Schweiz die Treibhausgasemissionen um 50 Prozent reduzieren im Vergleich zum Jahr 1990, davon 30 im Inland und 20 Prozent im Ausland. Das derzeitige Ziel lautet: 20 Prozent im Inland bis 2020. Die Verkündung des Klimaziels durch Radio SRF durchkreuzt die Verhandlungstaktik des Bundes an der kommenden Klimakonferenz in Lima. Offiziell ist denn auch weiterhin nicht von einem neuen Klimaziel die Rede. Dieses will die Regierung erst bis Ende März 2015 bekanntgeben.

Das hat seine Gründe. Das neue Klimaabkommen, das kommenden Jahr in Paris verabschiedet werden soll, wird Bemühungen aller Staaten im Kampf gegen den Klimawandel umfassen. Doch welche Elemente die nationalen Engagements enthalten und welche Informationen die einzelnen Staaten liefern müssen, muss erst in Lima definiert werden. Dies sei auch der Grund, weshalb der Bundesrat bisher keine

neuen Klimaziele angekündigt habe, sagt Franz Perrez, der Leiter der Schweizer Verhandlungsdelegation an der Klimakonferenz.

Doch mit der Meldung von Radio SRF liegt nun ein Knochen da, in den sich die Interessengruppen sofort verbeissen können. Während sich die Economiesuisse laut Radio SRF erleichtert zeigt, dass der Bundesrat das Inlandziel (30 Prozent bis 2030) nicht höher angesetzt habe, hagelt es vonseiten der Umweltschutzorganisationen Kritik. So meint die Klimaallianz, dass sich der Bundesrat vom Klimaschutz verabschiedet habe: Das neue inländische Klimaziel komme «einer Absage an einen wirksamen Klimaschutz gleich». Gemäss wissenschaftlichen Erkenntnissen brauche es zum Erreichen des 2-Grad-Ziels eine Absenkung um 60 Prozent im Inland. Auch Swisseclean tech bezeichnet das «neue» Klimaziel als «aus wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Sicht klar ungenügend». Der Wirtschaftsverband plädiert ebenfalls für eine Reduktion um 60 Prozent bis 2030. Davon sollen 45 Prozent im Inland erfolgen, der Rest im Ausland.